

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Eingang	16.08.2023
Federführend	GB 2, Abt. 2/5

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

23.08.2023

Betreff:

Neue Nutzungsvereinbarung für Schwimmunterricht in Siegener Schwimmbädern

1. In der Neufassung wird festgelegt, dass Lehrkräfte zusätzlich zu dem alle 2 Jahre zu erneuernden Nachweis der Rettungsfähigkeit hinaus „vor Antritt der ersten Unterrichtsstunde eine kombinierte Rettungsübung nach DGfDB 94.05 durchführen“ müssen.
Aus welchem Grunde wurde diese Verschärfung des Regelwerks vorgenommen?
Hat die Stadt die Möglichkeit, auf diesen Passus zu verzichten?

Antwort:

Im Rahmen aktueller Änderungen von Regelwerken für den Bäderbetrieb wurde bei der Aufarbeitung die Verfahrensweise bei Überlassung von Wasserflächen an Dritte und der damit verbundenen Delegierung der Aufsichtspflicht sowie Überarbeitung der Nutzungsvereinbarungen und Einweisungen der Nutzenden das bisherige Verfahren geprüft und angepasst.

Die Organisation des Badebetriebes muss sich stets rechtsicher an den geltenden Gesetzen, Normen, Richtlinien und sonstiger Regelwerke orientieren. Einschlägig sind hierbei für die Stadt Siegen als Badbetreiberin insbesondere die Richtlinien der Deutschen Gesellschaft für das Badewesen (DGfDB).

Die Richtlinien und Arbeitsunterlagen der DGfdB, wie auch die DIN-Normen und anderer anerkannter Regeln der Technik, sind nicht verbindlich im Sinne eines Gesetzes oder einer Verordnung. Die Einhaltung der Anforderungen dieser Regelwerke lässt in rechtlicher Hinsicht aber den Schluss zu, dass die Anlage, die eingesetzten Geräte und/oder der Betrieb sicher sind. Gleichwohl sind Richtlinien und DIN-Normen Empfehlungen, von denen man in einzelnen Fällen auch abweichen kann. Dann tritt jedoch eine Beweislastumkehr ein. Im Falle eines Unfalls muss der Betreiber bzw. die Betreiberin nachweisen, dass die alternativ gewählte Lösung ebenso sicher ist wie die im Regelwerk Geforderte. DGfdB-Richtlinien werden dann verbindlich, wenn auf sie in Gesetzen und Verordnungen verwiesen wird oder wenn sie Bestandteil privatrechtlicher Verträge sind.

Die Inhalte dieser Regelwerke erhalten durch den Abschluss von schriftlichen Nutzungsverträgen, welche im Falle der Überlassung von Wasserflächen abzuschließen sind, demnach verbindlichen Charakter.

Aktuell bestehen flächendeckend noch keine Nutzungsverträge mit städtischen oder externen Schulen, sodass beabsichtigt ist, diese nach und nach aufzuarbeiten und abzuschließen. Der Abschluss eines Nutzungsvertrages ist nach dem Muster des Anhangs in der DGfdB-Richtlinie 94.16 „Vertragsgestaltung bei der Überlassung von Wasserflächen in Schwimmbädern an Dritte“ vorzunehmen.

In solchen Nutzungsverträgen sind Festlegungen über die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien zu normieren, wobei die Definition von Anforderungen an das Aufsichtspersonal eines dieser Punkte darstellt.

Die Richtlinie 94.05 sowie die Richtlinie 94.16 verlangen eindeutige Voraussetzungen, die an das Aufsichtspersonal der Nutzenden im Allgemeinen gestellt werden. Zentrale Voraussetzung für das Aufsichtspersonal ist die Rettungsfähigkeit.

Die Rettungsfähigkeit ist eine der wichtigsten Qualifikationen für das Personal zur Wasseraufsicht und eine wichtige Voraussetzung zur Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht. Sie wird in den Richtlinien für das Wasseraufsichtspersonal immer gefordert. Der letzte Nachweis der Rettungsfähigkeit darf nicht älter als zwei Jahre sein. Die Fortbildung in der Ersten Hilfe (einschließlich der Herz-Lungen-Wiederbelebung) muss nach DGUV Vorschrift 1 „Grundsätze der Prävention“ alle zwei Jahre wiederholt werden.

Weiter schreiben die Richtlinien vor, dass die Rettungsfähigkeit des Personals für die Wasseraufsicht der Nutzenden vor dem ersten Einsatz vor Ort für die Wasseraufsicht durch die Kombinierte Rettungsübung nachzuweisen ist.

Im Zusammenhang der Definition der Anforderungen an Lehrkräfte im Rahmen der Wasseraufsicht wurde durch das Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen im Auszug aus dem Amtsblatt des Ministeriums Nr. 06/20, „Sicherheitsförderung im Schulsport,“ Runderlass vom 03.01.2020 unter Aktenzeichen 323-6.09.03-151948, zu den Richtlinien der DGfdB abweichende Anforderungen zur Rettungsfähigkeit von Lehrkräften herausgegeben.

Vor dem Hintergrund der aufgetretenen Problematik, dass Lehrkräfte, orientiert an den jeweiligen baulichen Gegebenheiten der Siegener Bäder, nur bedingt rettungsfähig sind, wurde sich mit der Angelegenheit vertiefend beschäftigt. Beispielhaft ist hier die Wassertiefe von 4,60m im Freibad Geisweid zu nennen. Es ist nicht davon auszugehen, dass durch das Erfüllen der Vorgaben des Schulministeriums eine Rettungsfähigkeit im Sprungbereich des Freibades Geisweid gegeben ist.

Der Erlass des Schulministeriums vom 03.01.2020, Aktenzeichen 323-6.09.03-151948 ist als Erlass der Landesbehörde auch nur eine Anweisung gegenüber den nachgeordneten Behörden bzw. Dienststellen ist. Er wirkt nicht gegen über den Bürgerinnen und Bürgern bzw. Dritten. Somit ist der Erlass zum Schulschwimmen nur intern maßgeblich für die Schulbehörden und die Lehrkräfte. Er entfaltet jedoch keine Rechtskraft gegenüber dem Badbetreibenden.

Es handelt sich um eine Regelung im öffentlich-rechtlichen Bereich, die im Zivil- und Strafrecht nicht rechtswirksam ist und daher bei einem Badeunfall bzgl. der Frage der Haftung keine entlastende Wirkung für die Lehrkräfte oder die Schulleitung entfaltet.

Für den Badbetreibenden gilt zudem der Erlass nicht, und sie bzw. er hat die straf- und zivilrechtlichen Vorgaben zu beachten. Diese resultieren aber gerade nicht aus einem Erlass, sondern aus der Rechtsprechung und Normen wie der DGfDB-Richtlinie R 94.05, die analog einer DIN-Norm zu behandeln ist.

Der Badbetreibende ist im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht somit rechtlich verpflichtet, die Vorgaben der DGfDB Richtlinie R 94.05 zur Wasseraufsicht und der Rechtsprechung zu beachten. Die dort definierten Anforderungen an die Rettungsfähigkeit des Aufsichtspersonals weichen praktisch in jedem Punkt von den Anforderungen, die das Schulministerium vorgibt, ab.

Als formaler Nachweis der Rettungsfähigkeit ist davon auszugehen, dass Lehrkräfte zumindest eine Bescheinigung der Bezirksregierung über die Abnahme der Rettungsfähigkeit oder ein DRSA Abzeichen Bronze vorlegen können und somit durch das Abnehmen der Kombiübung die Rettungsfähigkeit vor Ort vorliegt und bescheinigt werden kann.

Es sollte nachvollziehbar sein, dass im Falle von Fremdnutzungen der Siegener Bäder an das von diesen eingesetzte Aufsichtspersonal die Voraussetzung gestellt werden muss, zur Übernahme der Aufsichtspflicht in den Siegener Bädern auch für die Wasseraufsicht tauglich und rettungsfähig zu sein.

Diese Voraussetzung wird durch die kombinierte Rettungsübung geprüft und für die entsprechende Badestelle unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten bestätigt.

So wird im Übrigen dem Grundsatz des Erlasses des Schulministeriums (siehe S. 19/20) gefolgt, dass die Rettungsfähigkeit immer in der jeweiligen Badestelle vorliegen muss. Gleiches verlangt indes auch die Richtlinie der DGfDB, bei der sich diese beiden Vorschriften decken. Der Erlass des Schulministeriums ist an der Stelle der dort festgelegten Anforderungen an die Rettungsfähigkeit insofern inkonsequent, dass dieser formale Anforderungen definiert (z.B. feste Tauchtiefen), die praktisch in keiner Badestelle vorliegen.

Insofern handelt es sich hier um eine Mindestforderung, dass Lehrkräfte in der jeweiligen Siegener Badestelle ihre Rettungsfähigkeit nachweisen.

Vor dem Hintergrund der obigen Ausführungen kann nicht auf das Erfordernis verzichtet werden.

- 2. In § 8 der Nutzungsvereinbarung wird darauf hingewiesen, dass alle Schulen vor Nutzung des Hallen- oder Freibades eine Haftpflichtversicherung abschließen müssen. Besteht die Möglichkeit, diese gemeinsam für alle Schulen durch die Stadt Siegen abschließen zu lassen?**

Antwort:

Von einigen Schulen wurde mitgeteilt, dass die dortig bestehenden Haftpflichtversicherungen sowohl für die Schule als auch für die einzelnen Lehrkräfte den Umfang des Schwimmunterrichtes abdecken. Für eine abschließende Beantwortung dieser Frage müsste somit eruiert werden, welche Schulen einen separaten Abschluss einer Haftpflichtversicherung benötigen.

- 3. Ist die Neufassung der Nutzungsvereinbarung bereits allen Schulen kommuniziert worden (auch denen, die im aktuellen Schulhalbjahr keinen Schwimmunterricht anbieten und somit keine aktuelle Nutzungsanfrage gestellt haben)?**

Antwort:

Sämtliche Informationen über die Neuorganisation wurde allen städtischen und externen Schulen mit E-Mail vom 04.08.2023 mitgeteilt. Ferner wurde in telefonischem Kontakt mit den Schulen auf die anstehenden Neuerungen hingewiesen.

gez.

Martin Wagner

Abteilungsleiter 2/5 Sport und Bäder